Oeffentliches Sanitätswesen.

Homosexualität und Strafrechtsreform.

Von Gerichtsassessor Dr. Albert Hellwig
in Berlin-Friedenau.

Bei der bevorstehenden Strafrechtsreform wird ja sicherlich auch der in den letzten Jahrzehnten mit Erbitterung geführte Kampf um die strafrechtliche Behandlung der Homosexuellen von neuem entbrennen. Die Streitfrage ist nicht, ob jede homosexuelle Betätigung straffrei sein soll, sondern, ob die als Päderastie, richtiger wohl Pädicatio bezeichnete homosexuelle Betätigung an sich, d. h., wenn nicht andere schutzwürdige Interessen in Frage kommen, als eine zwar vielleicht unsittliche, aber dennoch vom Staate nicht mit Strafe bedrohte Handlung gelten soll. Ebenso wie zwar der normale Coitus, auch wenn er außerhalb eines ehelichen Verhältnisses vollzogen wird, straffrei ist und dennoch z. B. Unzucht mit Kindern, Verführung von jungen Mädchen, Kuppelei, Notzucht etc. strafbar ist, so ist es natürlich auch selbstverständlich, daß die entsprechenden Handlungen bei dem homosexuellen Verkehr auch dann mit Strafe bedroht werden müßten, wenn der § 175 StGB. oder der ihm entsprechende § 250 des Vorentwurfs beseitigt würde.

Daß tatsächlich Versuche homosexueller Annäherung an Kinder und junge Leute gemacht werden, dafür könnte ich aus meiner eigenen Erfahrung zwei Beispiele anführen. Da immerhin die Gefahr besteht, daß der junge Mensch auf diese Weise die Anregung zu perversen Handlungen erhält, würde ich sogar eine strenge Bestrafung der Verführung Minderjähriger zu homosexueller Betätigung jeder Art für durchaus angebracht halten.

Daß dagegen die Homosexualität als solche, selbst wenn sie sich in der jedem normal empfindenden Menschen, auch wenn er sich bewußt ist, daß sie vielleicht auf krankhafter oder doch anormaler Veranlagung beruhen mag, also dem Betreffenden nicht immer zur Schuld zugerechnet werden kann, doch widerlichen Form der Pädicatio geltend macht, bestraft wird, halte ich nicht für angebracht.

Als Grund kann man zwar nicht, wie dies mitunter geschieht, anführen, daß nur ein kleiner Prozentsatz derjenigen, welche sich tatsächlich gegen den § 175 StGB. vergingen, auch zur Verantwortung gezogen würde. Das trifft zwar sicherlich zu; aber die Tatsache, daß sehr viele sich auch durch die Strafandrohung nicht von derartigen Handlungen zurückhalten lassen, wäre kein Grund, die Strafandrohung ganz zu beseitigen, da als sicher anzunehmen ist, daß nicht wenigen, die sich heute der päderastischen Betätigung enthalten, die Strafandrohung ein wirksames Hemmungsmotiv ist, bei dessen Fortfall sie sich nicht scheuen würden, jene jetzt verbotenen Akte vorzunehmen. Hält also der Gesetzgeber diese Art der homosexuellen Betätigung für eine dem Gemeinwesen schädliche, antisoziale Handlung, so wird er kein Bedenken tragen dürfen, sie unter Strafe zu stellen, trotzdem zuzugeben ist, daß nur ein Teil derjenigen, gegen welche sich die Strafandrohung richtet, sich dadurch von der kriminellen Betätigung abhalten läßt und daß von diesen Rechtsbrechern wiederum nur ein kleiner Teil die Schwere des Strafgesetzes empfinden muß.¹⁾

Auch ein anderer mit Vorliebe gebrauchter Hinweis, nämlich darauf, daß durch den gegenwärtigen Zustand das Erpressertum großgezüchtet werde, ist meines Erachtens nicht stichhaltig. Denn wenn auch der § 175 StGB. beseitigt würde, so würde das Erpressertum, welches die abnormale geschlechtliche Betätigung in gewinnsüchtiger Weise ausnutzt, sich kaum merkbar verringern, da die gesellschaftliche Mißachtung der päderastischen Betätigung sicherlich auf absehbare Zeiten auch dann nicht verschwinden würde, wenn der Gesetzgeber jene Akte nicht mehr als strafwürdig ansehen würde. Man denke beispielsweise nur daran, daß der „Fehltritt“ eines Mädchens aus der besseren Gesellschaft auch heute noch als eine unverzeihliche, sie für immer brandmarkende Handlung betrachtet wird, trotzdem unsere moderne Gesellschaft in Wort und Schrift doch recht weitherzige Anschauungen über freie Liebe und verwandte Gebiete äußert! Ebenso, und wahrscheinlich noch in weit höherem Grade, da seine Handlung dem Empfinden des normalen Menschen unverständlich ist, würde der Päderast auch künftig gesellschaftlich geächtet werden. Dadurch ist den Erpressern aber die Möglichkeit gegeben, ihr unsauberes Handwerk auszuüben, denn ob der Homosexuelle aus Furcht vor Bestrafung oder aus Furcht vor gesellschaftlichem Ruin sein Geheimnis auf das strengste wahren muß, das ist im Grunde so ziemlich dasselbe. Man kann sogar annehmen, daß das Erpressertum bei Straflosigkeit der Pädicatio noch größere Dimensionen annehmen würde, da einmal der Kreis der sich dieser Form homosexueller Betätigung hingebenden Personen dann, wie bemerkt, vermutlich sich nicht unbeträchtlich vermehren würde und da anderseits die Erpresser nicht mehr zu fürchten hätten, daß sie bei Mißlingen der Erpressung auch wegen Vergehens gegen § 175 StGB. zur Verantwortung gezogen würden. Etwas anderes wäre es freilich, wenn auch die männliche Prostitution als Delictum sui generis unter Strafe gestellt werden würde.

Trotzdem bin ich, wie bemerkt, der Ansicht, daß die Stellungnahme, die der Vorentwurf eines Strafgesetzbuches der Homosexualität gegenüber einnimmt, nicht haltbar ist. Ich bin der Meinung, daß päderastische Akte, mögen sie nun im Einzelfall auf angeborener oder auf erworbener perverser Richtung des Geschlechtstriebes beruhen, den Gesetzgeber an sich ebensowenig etwas angehen als die sonstigen zahllosen, auch heute schon erlaubten, wenn auch nicht billigenwerten Unzuchtshandlungen. Daß gerade durch die homosexuelle Betätigung irgend ein besonderer Schaden für das Individuum oder namentlich für den Staat zu befürchten sei, halte ich nicht für erwiesen. Der Gesetzgeber darf daher meines Erachtens, wenn anders er nicht gegen das Gebot gesetzgeberischer Gerechtigkeit verstoßen will, nicht willkürlich aus der unendlichen Reihe der moralisch tadelnswerten Unzuchtsakte einige wenige herausgreifen und sie unter Strafe stellen. Ob sich bei der heutigen politischen Konstellation im Reichstage eine Mehrheit für die Beseitigung der Strafbarkeit der Pädicatio finden wird, das ist

¹⁾ Mit dem gleichen Recht oder vielmehr ebensowenig berechtigterweise wie bei der Bestrafung der Pädicatio könnte man wegen der hohen Prozentzahl der so genannten heimlichen Kriminalität bei der Abtreibung, dem Meineid und anderen Delikten die Beseitigung der betreffenden Paragraphen des Strafgesetzbuchs verlangen.

freilich eine andere Frage. Der Versuch muß aber gemacht werden, in dieser Richtung zu wirken.

Nun kann man ja den Anhängern der Homosexuellen eher alles andere vorwerfen, als daß sie es an Aufklärung in Wort und Schrift und an rührigster Propaganda fehlen ließen. So haben sich denn auch schon eine ganze Reihe von Abhandlungen und selbständigen Broschüren mit der Stellungnahme des Vorentwurfs zu dem Problem der Homosexualität beschäftigt. Leider hält aber die Qualität mit der Quantität nicht Schritt. In den Reformschriften zur Beseitigung des § 175 bzw. 250 StGB. stößt man auf Schritt und Tritt auf miteinander nicht zu vereinbarende Widersprüche. Dies ist eine Tatsache, auf die mit Nachdruck hingewiesen werden muß, weil sie es meines Erachtens vor allem erklärt, daß der Gedanke an die Straflosigkeit der Pädicatio in Juristenkreisen nicht recht Fuß fassen will. Ich selbst war, wie ich offen bekennen will und wie ich auch gelegentlich einer Rezension zum Ausdruck gebracht habe, ein Gegner der Beseitigung des § 175 StGB. Ich bin zu dieser Stellungnahme zweifellos dadurch veranlaßt, daß ich in der fraglichen Literatur auf zahllose unlogische Widersprüche und nicht haltbare Behauptungen gestoßen bin; der, wenn auch vielleicht unbewußte Schluß liegt dann aber nahe, daß es sich um eine faule Sache handeln muß, wenn sie mit so vielen nicht stichhaltigen Gründen verteidigt wird. Durch die Art ihrer Beweisführung schaden sich die Anhänger der Straffreiheit der Homosexualität, glaube ich, kaum minder, als die Gegner ihnen durch ihre Gegenagitation Schaden zufügen. Es gehört in der Tat ein nicht geringes Maß von Selbstüberwindung dazu, um sich trotz der widerspruchsvollen Argumente zu der Ansicht von Magnus-Hirschfeld und seinen Gesinnungsgenossen zu bekehren.

Nur an einem markanten Beispiele möchte ich die gerügt widersprechende Begründung erläutern.

In seiner kürzlich erschienenen Broschüre „Der neue § 175 RStGB! § 225 (sic!) des „Vorentwurfs zu einem deutschen Strafgesetzbuch“, Kritik und Vorschläge“ (Leipzig 1910) billigt Winzer S. 27 die Bemerkung, daß fast 90% aller Homosexuellen sich bloß einfach der gegenseitigen Manustupration hingeben, daß also etwa erst der zehnte Homosexuelle die strafbare Pädicatio vornehme. Schon auf der folgenden Seite gibt er aber unter voller Billigung folgende Ausführung wieder: „Aus alledem ergibt sich der schreiende Gegensatz zwischen der Praxis und der Theorie, daß Tausende, ja Hunderttausende im stillen Taten ausüben — täglich, stündlich, — welche nun einmal noch strafbedroht sind, deren Strafe sie sich aber durch ihre Stellung, ihr Vermögen, die Behaglichkeit ihres Privatlebens und durch hundert andere Vorteile leicht entziehen können, während bloß der einzelne, das Opfer der Denunziation oder zufälligen Unglücks, zum Märtyrer und Sündenbock für die gesicherte Majorität wird, schon durch die bloße Untersuchungshaft geschäftlich ruiniert, familiär brouilliert, sozial entehrt ist, weshalb ihn auch Freisprechung nicht rehabilitiert und er obendrein, wird er par hazard schuldig befunden, eine schwere peinliche und entehrende Strafe zu erleiden hat, wie verhältnismäßig nicht der wirkliche Verbrecher.“ Während also einmal bemerkt wird, daß nur etwa 10% der Homosexuellen sich strafbar machen, daß also mit anderen Worten die Zahl derjenigen Fälle, in denen es zur Pädicatio kommt, verschwindend gering ist, da die homosexuelle Veranlagung oder Neigung doch immerhin nur eine relativ seltene Erscheinung ist, wird im Gegensatz dazu kaum eine Seite weiter bemerkt, daß nur wenige der Tausende, ja Hunderttausende, die sich im stillen gegen den § 175 StGB. vergehen, zur Verantwortung gezogen werden. Einmal aus dem seltenen Vorkommen der Pädicatio und ein anderes Mal aus dem häufigen — aber selten zur Bestrafung führenden — Vorkommen der Vergehen gegen § 175 StGB. Einen Grund zum Kampfe gegen die Bestrafung homosexueller Unzucht zu entnehmen, scheint mir den elementaren Grundsätzen der Logik zu widersprechen.

Des gleichen Fehlers macht sich auch Magnus-Hirschfeld schuldig in seinem Aufsatz über „Kritik des § 250 und seiner Motive im Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch“ im „Archiv für Kriminalanthropologie und Kriminalistik“, Bd. 38, Leipzig 1910, S. 89—119. Auf S. 100 bemerkt Hirschfeld, daß die Skandalprozesse der letzten Jahre weder einen Schluß auf die Beschaffenheit noch auf die Häufigkeit homosexueller Beziehungen zuließen. Er wendet sich also doch offenbar dagegen, daß man aus diesen Skandalprozessen den Schluß ziehe, daß die Pädicatio weit verbreitet sei. Auf der nächsten Seite aber gibt er zu, daß Vergehen gegen § 175 StGB. immer nur beim Vorliegen ganz außerordentlicher Nebenumstände vor den Strafrichter kämen, „aus der Stille des Schlafzimmers in die Öffentlichkeit des Gerichtssaales gezerrt“ würden. Man habe berechnet, daß die 18 Fälle, die in Berlin durchschnittlich jährlich zur Bestrafung kämen, hochgerechnet nur etwa 0,001% der mit Wahrscheinlichkeit anzunehmenden sexuellen Delikte darstellen, sodaß in Wirklichkeit viel weniger die Tat als solche, als irgendein ganz außergewöhnlicher Zufall bestraft werde, der mit ihr verbunden sei. Krasser kann man doch kaum zugeben, daß zahllose Vergehen gegen § 175 StGB. vorkommen.

Auch die dritte Arbeit gegen § 250 des Vorentwurfs, die mir zu Gesicht gekommen ist, die Broschüre von Cornel „Zur Reform des

§ 175 StGB. Kriminalpsychologische Skizze zur Lösung des homosexuellen Problems“ (Leipzig 1909) mag hier genannt werden. S. 14 bemerkt der Verfasser nämlich, der Laie müsse die Idee aufgeben, als ob die Urninge zugleich oder ausschließlich Päderasten wären. Man finde unter ihnen vielmehr in Wirklichkeit nur 8—10% Päderasten, die noch dazu von den Homosexuellen nicht als „echt“ anerkannt würden. „Dies erklärt sich wohl damit, daß vielen, oder, besser gesagt, den meisten Homosexuellen das Widerwärtige der Päderastie aus begreiflichen Gründen nicht zusagt und weisen sie die Gleichstellung mit den Päderasten auf das entschiedenste zurück.“ — Ja, wenn wirklich die Päderastie von den echten Homosexuellen so verschwindend selten geübt wird, weshalb dann die heftige Agitation zur Beseitigung des ominösen § 175 StGB.? Tant de bruit pour une omelette?

Wenn die Reformbestrebungen gegen den § 175 bzw. den § 250 Erfolg haben sollen, so müssen sie sich meines Erachtens vor allem vor derartigen Widersprüchen hüten und dann auch vor jedem Uebermaß an Agitation, da dadurch nur allzuleicht der Widerspruch erregt wird.